

Potsdam, den 27.07.2021

BILANZ

**der Stadtverordneten Katharina Tietz, Anja Heigl, Christian Kube,
Carsten Linke, René Kulke und Christian Raschke**

anlässlich der Rotation in der Fraktion DIE aNDERE zum 23.08.2021

Vor etwa einem Jahr übernahmen wir im Rahmen der turnusgemäßen Rotation in der Fraktion DIE aNDERE unsere Mandate in der Stadtverordnetenversammlung. Unsere Arbeit war durch die Pandemiebedingungen von Beginn an stark eingeschränkt. Die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung fielen mehrfach aus oder fanden in verkürzter Form statt. Viele Fachausschüsse arbeiteten ohne lebhaft Debatten in Videokonferenzen die Tagesordnung ab. Und natürlich fehlten auch Aktionen vor Ort und Gelegenheiten zum direkten persönlichen Austausch.

Dennoch fielen wichtige stadtpolitische Debatten in unsere Amtszeit:

Stadtentwicklung:

DIE aNDERE setzte sich stark dafür ein, dass im Entwicklungsgebiet **Krampnitz** ein klimaneutraler Stadtteil mit einem hohen Anteil preiswerter Wohnungen entsteht. Um in Krampnitz Nahversorgungseinrichtungen, Arztpraxen und weiterführende Schulen zu etablieren, die in den nördlichen Ortsteilen gebraucht werden, muss der Stadtteil eine Mindestgröße von 4-5.000 Wohnungen erreichen und mit einer Tramtrasse und einem Radweg an die Innenstadt angeschlossen werden.

Unser Antrag auf eine Grundsatzentscheidung (20/SVV/0736) über die Größe und Sozialstruktur wurde nur in veränderter Form angenommen. Zwar bekannten sich die Stadtverordneten zu einer Größe des Stadtteils von 10.000 Einwohner*innen. Der von uns angestrebte Mindestanteil von 25% Sozialwohnungen wurde allerdings abgelehnt.

Noch nicht abgestimmt wurde über unseren Antrag, in Krampnitz keine vollendeten Tatsachen mehr zu schaffen, bevor die Trammerschließung und die Übereinstimmung mit der Landesplanung gesichert ist (21/SVV/0436).

Heftig umstritten ist in der Stadt weiter der Abriss des Wohnblocks am **Staudenhof**. Wir beantragten frühzeitig, dass sich der Oberbürgermeister beim Land für eine ökologische Förderpolitik einsetzen soll, in der die nachhaltige Bestandssanierung (z.B. des Staudenhofes) gefördert wird und nicht der Abriss sanierungsfähiger Gebäude (20/SVV/1385). Der Antrag wurde abgelehnt. Wenige Wochen später beschloss die SVV dann auch den Abriss des Staudenhofes auf Basis eines manipulativen Variantenvergleiches zwischen Sanierung und Abriss + Neubau.

Wir beantragten ein Vollstreckungsmoratorium für den **Kinderbauernhof in Groß Glienicke** (20/SVV/1061). Die Verwaltung erklärte, sich daran zu halten, bevor der Antrag abgestimmt wurde.

Schulentwicklungsplanung:

Einen wichtigen Schwerpunkt unserer Arbeit bildete die Integrierte Kita- und Schulentwicklungsplanung (IKSEP). In den Beratungen konnte DIE aNDERE wichtige Punkte durchsetzen. Auf unseren Antrag sollen die neuen Gesamtschulen als Inklusionsschulen geplant und organisiert werden und dazu mit zusätzlichem Fachpersonal und einem angepassten Raumprogramm ausgestattet werden. Außerdem werden am Schulstandort Pappelallee Räumlichkeiten für die Stadtteilarbeit geplant und gebaut. Dadurch kann am Standort David-Gilly-Straße das Vereinsheim für die Potsdamer Kickers und eine wohnungsähnliche Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge entstehen. Gestrichen wurde der Schulstandort auf der Neufahrländer Festwiese an der Birnenplantage. Besonders wichtig war uns auch die überfällige Sanierung der Montessori-Oberschule in Potsdam-West.

Leider konnten wir uns jedoch nicht mit unserem Antrag durchsetzen, auf den Neubau einer Förderschule mit dem Schwerpunkt „Lernen“ zugunsten einer inklusiven Beschulung an den Regelschulen zu verzichten. Auch unsere Forderung, wettkampfmaßige Fußballplätze nicht in das Landschaftsschutzgebiet am Bahnhof Rehbrücke zu bauen (sondern auf die nahegelegene Kulturbodendeponie) wurde abgelehnt.

Soziales:

DIE aNDERE forderte immer wieder die **Neuausrichtung des städtischen Klinikums** und die Umsetzung der Bürgerbegehren für faire Bezahlung und für bessere Arbeitsbedingungen ein.

Bis heute gibt es einen Konsens mit der Rathauskooperation, dass auch die Tochtergesellschaften in den TVöD zurückkehren müssen und dass die Stadt Potsdam diese sozialpolitische Zielsetzung bei Bedarf auch mit einem Zuschuss aus dem städtischen Haushalt absichern soll (20/SVV/1058). Unsere Fraktion stellte aber mehrere deutlich weitergehende Anträge, um die Übernahme der Erfahrungsstufen für langjährige Beschäftigte durchzusetzen (21/SVV/0222) und die Vergabe von Leistungen der Servicegesellschaft zu Bedingungen unterhalb des TVöD zu verhindern (21/SVV/0223). Außerdem forderte DIE aNDERE, wichtige Entscheidungen zur Abfindung der alten und Einsetzung der neuen Geschäftsführung des Klinikums erst nach Vorlage und Auswertung der Untersuchungskommission zu treffen (20/SVV/1459). Das lehnte eine Mehrheit ab. Deshalb konnte Steffen Grebner trotz eines laufenden Strafverfahrens wegen des Verdachtes der Fahrlässigen Tötung im Klinikum mit einem goldenen Handschlag verabschiedet werden. Unsere Anträge zur Neubildung des Aufsichtsrates (21/SVV/0172) und zur Neuorganisation der Geschäftsführung unter Einbeziehung der medizinischen Leitung und Pflege (21/SVV/01749) wurden mit Verweis auf einen Strategie-Workshop zurückgestellt. Während in dem Workshop unter Einbeziehung des alten Aufsichtsrates keine konkreten Maßnahmen erarbeitet wurden, verlängerte der Oberbürgermeister einfach die Verträge der Übergangsgeschäftsführung.

Einen weiteren Schwerpunkt bildeten Probleme, die sich aus der Pandemiesituation ergeben. So beantragte unsere Fraktion ein **Mieterhöhungsmoratorium in der Coronakrise** (20/SVV/1365). In der Diskussion wurde deutlich, dass einer Mehrheit der Stadtverordneten Mieteinnahmen für die

Stadtkasse wichtiger ist, als eine soziale Mietpolitik. Die Verwässerung des Ausgangstextes durch die Rathauskooperation hat den letzten Anstoß zum Start des Bürgerbegehrens für einen Potsdamer Mietendeckel gegeben.

Zustimmung fand unser Antrag, zusätzliche **Maßnahmen gegen Pandemie-Spätfolgen bei Jugendlichen** zu ergreifen (21/SVV/0395) zu ergreifen. Über die **Einrichtung einer Koordinierungsstelle gegen Gewalt am Frauen, sexualisierte Gewalt und Stalking** wurde noch nicht abschließend entschieden.

Ein gemeinsamer Antrag unserer Fraktion und der RaKo-Fraktionen (21/SVV/0729) führte dazu, dass die Landeshauptstadt Potsdam vor wenigen Tagen die **Patenschaft über eine Seenotrettungsmission** der Sea Eye übernahm. Damit wurde eine Einzelmaßnahme umgesetzt, die die SVV auf Initiative unserer Fraktion 2018 beschlossen hatte, als sich Potsdam zum Sicheren Hafen erklärte (18/SVV/0878).

Auf Antrag unserer Fraktion wird es künftig wieder Statistiken zur Wohnungsversorgung geflüchteter Menschen geben (19/SVV/1413).

Ökologie und Verkehr:

Unser Vorschlag, die Potsdamer **Naturdenkmäler** neu zu beschildern (20/SVV/0939), wurde angenommen und inzwischen auch schon weitgehend umgesetzt. Die Untere Naturschutzbehörde hat sogar dazu aufgerufen, Vorschläge für neue Denkmäler einzureichen und arbeitet an einer Ergänzung der Liste unter Schutz gestellter Pflanzen und Steine.

Leider fand unser Antrag, Bäume künftig im Innen- und Außenbereich einheitlich ab 45 cm Stammumfang unter Schutz zu stellen, keine Zustimmung. Dabei könnten mit einer einfachen Änderung der **Baumschutzverordnung** die Genehmigungsverfahren sogar vereinfacht und verkürzt werden.

Unsere Anträge, eine **Lichtschutzsatzung** (19/SVV/1291) und eine **Vorgartensatzung zum Verbot von Schottergärten** (20/SVV/1122) zu erarbeiten, wurden in abgeschwächter Form beschlossen. In Zeiten des Klimawandels setzt die RaKo weiter auf unverbindliche Appelle und Willensbekundungen. Auch unser Antrag, öffentliche Gebäude künftig häufiger in **Holzbauweise** zu errichten (19/SVV/1147) wurde in einen Prüfauftrag verdünnt.

Eine Mehrheit fand unser Antrag zur Prüfung von **Regenwasserzisternen** auf städtischen Grundstücken (21/SVV/0038). Auch unsere Anträge zur **Verkehrssicherheit in der Georg-Herrmann-Allee** (20/SVV/1206) und zur Verkehrsberuhigung in einem Nebenarm der **Nedlitzer Straße** wurden beschlossen.

Kultur:

Gescheitert ist unser Antrag, den Luisenplatz in Erinnerung an die größte Demo der Stadtgeschichte in „**Platz des 4. November**“ umzubenennen (19/SVV/1107).

Mit dem Antrag „Maßnahmen für eine bessere **Sichtbarkeit antifaschistischen Gedenkens**“ (21/SVV/0411) nahm DIE aNDERE einen Vorschlag der VVN-BdA auf und initiierte einen fraktionsübergreifenden Antrag mit den RaKo-Fraktionen. Der Oberbürgermeister wurde beauftragt, die Route des Todesmarsches aus dem KZ Lieberose in das KZ Sachsenhausen im Potsdamer Stadtgebiet erkennbar zu machen. Auf der städtischen Homepage soll eine digitale Karte antifaschistische Gedenkorte zeigen. Außerdem sollen dort Informationen zu Menschen ergänzt werden, die als „Gerechte unter den Völkern“ geehrt wurden.

Den Vorsitz im Kulturausschuss haben wir u.a. dafür genutzt, die Fehlentwicklungen beim **KreativQuartier** öffentlich zu machen. Der Weiterverkauf des Projektes an einen Fonds widerspricht der ursprünglichen Intention des Vorhabens. Auch die Beteiligung der Kreativszene der Stadt am Betrieb des Projektes, wurde seitens des Investors nicht eingelöst. Den Design-Thinking-Prozess zur Plantage haben wir ebenfalls kritisch begleitet. Er steht unseres Erachtens vor dem Scheitern, da die Stiftung Garnisonkirche und deren Kuratorium nicht wirklich kompromissbereit sind, was der letzte Beschluss zum Teilabriss des **Rechenzentrums** verdeutlicht.

Sonstiges:

Mit großer Mehrheit wurde unser Antrag beschlossen, den Weihnachtsmarkt künftig barrierefrei und belästigungsarm zu organisieren (20/SVV/0011). Das wird wohl nur mit einem **Umzug des Weihnachtsmarktes aus der Brandenburger Straße** an einen geeigneteren Ort möglich sein.

Nach Einbringung unseres Antrages, in der Hauptsatzung **Akteneinsichts- und Auskunftsrechte für Ortsvorsteher*innen** zu verankern (21/SVV/0046), übernahm der Oberbürgermeister diese Forderung bei der geplanten Satzungsänderung.

Glatt abgelehnt wurde unser Antrag, **fraktionslose Stadtverordnete** künftig zu allen Sitzungen von Arbeitsgremien einzuladen, in denen die Fraktionen vertreten sind und ihnen auch die Sitzungsunterlagen zuzusenden. Das ist mit unserem Demokratieverständnis nicht vereinbar. Daher sendet DIE aNDERE den fraktionslosen Kolleg*innen von BVB/Freie Wähler und DIE PARTEI künftig die Einladungen und Unterlagen einfach zu.

Die Gewerbetreibenden im Volkspark dürfen künftig nicht mehr gezwungen werden, nur Eis der Firma **Langnese** zu verkaufen. Sie dürfen nun also auch in der Region produziertes Eis anbieten. Das beschloss die SVV auf Antrag von DIE aNDERE und DIE LINKE (21/SVV/0624).